

Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona durch die Stadt Tübingen – 1.2.2010

Rede von Ingeborg Höhne-Mack

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
als Mitglieder des Koordinationstreffens am 5. Mai 2003 vor dem Rathaus lautstark für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen trommelten, wollten wir damit auch auf die Existenz der Erklärung von Barcelona aufmerksam machen. Wir überreichten sie damals einem freundlichen, aber sicher auch sehr skeptischen Bürgermeister Höschele als Vertreter der Stadtverwaltung. Ich glaube, wir haben uns nicht wirklich vorstellen können, dass 7 Jahre später der Beitritt zu dieser Erklärung tatsächlich stattfindet.

Deshalb an dieser Stelle zuerst mein ausdrückliches Lob an den Gemeinderat dieser Stadt: Sie, meine Damen und Herren, bzw. die Mitglieder des alten Gemeinderats haben Mut bewiesen, als sie sich das Ziel einer barrierefreien Kommune gesetzt haben und mein Dank gilt Ihnen dafür, dass Sie sich auch durch die aktuelle problematische Finanzsituation nicht von diesem Ziel haben abbringen lassen. Lob und Dank gehen aber genauso an die Stadtverwaltung, die sich nicht nur mit dem Ziel schlechthin identifiziert, sondern das mit der Erstellung eines konkreten Handlungskonzepts für Tübingen verbunden hat. Das war zweifellos eine entscheidende Voraussetzung für den Beginn eines nachhaltigen Prozesses, geprägt durch die intensiven Diskussionen unter den Beteiligten über den Begriff der Barrierefreiheit, und ergänzt durch den Begriff der Inklusion, so wie er in der UN-Konvention gebraucht wird.

Was bedeutet das 70 Jahre nach Grafeneck, das durch die Morde an mehr als 10.000 Menschen, deren Leben von den Nazis als unwert betrachtet wurde, zum Synonym für die Missachtung des Rechts auf Leben geworden ist? – Es zeigt die weite Strecke, die dieses Land und diese Kommune auf dem Weg hin zu echter Gleichstellung und Teilhabe in allen Lebensbereichen schon zurückgelegt hat. – In einer Veranstaltungsreihe, die am 18. März 2010 beginnt, wird sich das Koordinationstreffen gemeinsam mit vielen anderen Organisationen der Behindertenhilfe und der Volkshochschule mit dieser Thematik, der Ausgrenzung und Vernichtung ebenso wie der Inklusion, auseinandersetzen. Dazu laden wir Sie schon jetzt ganz herzlich ein.

Tübingen war in der Tat immer wieder Vorreiter in Sachen Gleichstellung und Teilhabe. 1985 mit dem Beschluss Kinder mit Behinderungen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen aufzunehmen, Anfang der 90er Jahre mit der ersten Integrationsklasse und dem Stadtführer für Behinderte, auch mit der Einrichtung der Stelle für die Geschäftsführerin des Koordinationstreffens, wodurch die Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen natürlich an Kontinuität und Schlagkraft gewann. Und wir wissen ja alle, dass Frau Martin sehr hartnäckig sein kann. Aber es gab auch leidige und zähe Diskussionen darüber, ob man denn für die Kunsthalle tatsächlich einen teuren Treppenlift brauche oder ob es nicht auch ginge, dass ein Rollstuhlfahrer dann eben von Mitmenschen jeweils die Stufen zu den einzelnen Räumen hoch getragen wird. OB Schmid war damals der Auffassung, das müsse doch problemlos zu realisieren sein. Diskussionen dieser Art haben über viele, viele Jahre die Sitzungen der AG Behindertenangelegenheiten bestimmt, wo sich einmal im Jahr die diversen Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten mit Mitgliedern des Gemeinderates und der Stadtverwaltung trafen. Diese Treffen spiegelten einen Bewusstseinsstand wieder, der meistens bei den räumlichen Barrieren stecken blieb. Fragen Sie mich nicht, wie viele Stunden ich mir mit dem Tübinger Altstadt-pflaster um die Ohren geschlagen habe. Im letzten Sommer war ich mit meinem Mann in den USA: die **Selbstverständlichkeit**, mit der mobilitätseingeschränkte Menschen dort Zugang zum ÖPNV,

zu Museen, zu Gaststätten, usw. und eine entsprechende Ausstattung **in** diesen Gebäuden finden, hat mich wieder sehr beeindruckt. Woran liegt das?

Inklusion ist dort eine logische Konsequenz der Anerkennung von Menschenrechten, nicht eine Ableitung aus Grundsätzen des Sozialstaates, eines Sozialstaates, der eben bis vor ca. 10 Jahren noch sehr bevormundend daherkam, gerade für diese Zielgruppe, genauso bevormundend wie die Bildungspolitik in diesem Bundesland bis zum heutigen Tag.

Man ist nicht behindert, man wird behindert: Eltern, die für ihre behinderten oder entwicklungsverzögerten Kinder gemeinsames Lernen einforderten, wurde vorgehalten, sie wollten nur die Behinderung ihres Kindes nicht akzeptieren und sie würden ihrem Kind damit nur Schaden zufügen. Überhaupt grassierten pauschale Vorurteile und Vorstellungen über die Bildungsfähigkeit z.B. von Menschen mit Down-Syndrom, die heute durch die Wirklichkeit längst widerlegt sind. Mir wurde nach der Geburt meiner Tochter mitgeteilt, wenn mein – herzkrankes – Kind das Säuglingsalter überstehen würde, dann würde ich spätestens mit dem 3. Lebensjahr erkennen, dass es hochgradig schwachsinnig ist. Ein extremer Ausdruck einer Defizitorientierung gegenüber Menschen mit Behinderungen, der wir nur in langwieriger Aufklärungsarbeit ein positives Bild entgegensetzen können, eines, das neben ihrem Anspruch auf Chancengleichheit im Leben auch ihre Stärken deutlich macht. Eine der zentralen Aufgaben der Umsetzung des Konzepts barrierefreie Stadt Tübingen wird hier zu sehen sein, und zwar durch die Stärkung des konkreten Miteinanders in **allen** Lebensbereichen. Und hier kann die Stadt sehr viel tun, und Sie als Mitglieder des Gemeinderates mit Ihren vielfältigen Kontakten in alle Bereiche des öffentlichen Lebens, mit Ihren Verbindungen in die Vereine, in die lokale Wirtschaft, usw. sind wichtige Multiplikatoren.

1. Sorgen Sie mit dafür, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen stärker in den Vereinen präsent sind. So wie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend zum Thema in dieser Stadt geworden ist, muss dies auch für diesen Personenkreis gelten. Das Problem sind hier nicht große Mehrkosten o.ä., das Problem ist die Veränderung des Bewusstseins, die Bereitschaft sich hier zu öffnen.

2. Prozesse des sozialen Lernens, eines Lernens mit beiderseitigem Profit für Kinder mit und ohne Behinderung, sind nur nachhaltig, wenn sie kontinuierlich ablaufen. Und sie müssen frühzeitig beginnen. Solange körper- und sinnesbehinderte Kinder- und Jugendliche in vielen Fällen ebenso wie die große Mehrheit der Menschen mit Lernschwierigkeiten über wesentliche Phasen ihrer Entwicklung hinweg zum Lernen in Sonderschulen ausgesondert werden, wird es keinen wirklichen Fortschritt geben. Dass gemeinsames Lernen bei unterschiedlichen Lernzielen den „normalen“ Kindern nicht schadet, sondern gleichzeitig zu einem hohen Zuwachs an Sozialkompetenz führt, ist auch seit Jahrzehnten in Studien immer wieder nachgewiesen worden. Ich weiß, dass die Stadt „nur“ Schulträger ist und nicht für die Personalressourcen und die Bildungspläne verantwortlich. Aber diese Stadt, hat z.B. mit der „Erweiterten Kooperation“ an der GSS einen Schulversuch mit zieldifferentem Lernen beantragt und bekommen. Folgerichtig sollte sie Lösungen für Kinder mit Behinderungen künftig konsequent mitbedenken und ihre Verwirklichung einfordern. Noch immer fehlt es z.B. innerhalb der Stadt Tübingen an der Fortsetzung der Außenklassen der Kirnbachschule in der Sekundarstufe I.

3. Das Mitbedenken ist auch der Ansatz für ein Angebot von mehr individuellen Wohnformen. Gerade hier hat es die Stadt in der Hand, wie „inklusiv“ künftig neue Wohngebiete gestaltet werden oder bestehende den Bedürfnissen angepasst werden.

4. Bildung und Arbeit, das ist meine Überzeugung, sind der Schlüssel zur Inklusion, und gleichzeitig die Bereiche, wo die härtesten Nüsse zu knacken sind. Aber wenn wir uns der Tatsache nicht verschließen, dass wir alle, jeder einzelne von uns, in eine Situation geraten können, wo die vorher selbstverständliche Mobilität und Unabhängigkeit durch einen Unfall, durch einen Schlaganfall, durch Krebs, durch psychische Beeinträchtigungen und die Gebrechen des Alters von einem Tag auf den anderen eingeschränkt werden kann, sollten wir dann nicht auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die auch den sog. Leistungsgeminderten eine Chance gibt auf dem Arbeitsmarkt und die sich von diesem Personenkreis nicht abwendet?

Anders ausgedrückt: in einer alternden Gesellschaft ist Barrierefreiheit ein Gut, dass für eine wachsende Anzahl von Menschen zu einer notwendigen Voraussetzung für die Teilhabe am Leben wird, nicht nur für den zahlenmäßig beschränkten Kreis der Menschen, die von Geburt an durch genetische oder chromosomale Defekte behindert sind. Deren Zahl mag sich durch die Ausweitung und den gesellschaftlichen Druck sich pränataler Diagnostik zu unterziehen, weiter schrumpfen; gleichzeitig steigt die Zahl von Menschen mit stärkeren Handicaps durch die Erfolge von Notfall- und Intensivmedizin. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als uns dieser großen gesellschaftlichen Aufgabe zu stellen und das tut das vorliegende Konzept: es listet nicht nur die 14 Bereiche auf, in denen Handlungsbedarf besteht, es zeigt auch die Wege zum Abbau von Barrieren auf.

Liebe Mitglieder des Tübinger Gemeinderates: es wird Ihre Aufgabe sein – gemeinsam mit der Stadtverwaltung, aber, so hoffe, ich – ganz selbstverständlich auch mit den Betroffenen und ihren Organisationen zusammen – über die einzelnen Schritte zur Umsetzung dieses Konzepts zu beraten und zu entscheiden. Dass es jetzt sachkundige Bürgerinnen und Bürger aus unseren Reihen gibt, die an Ihren Beratungen teilhaben, ist ein erster Schritt zum Aufbau neuer Strukturen. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft zu diesem Schritt. Aus Rottenburg war zu hören, dass dort gerade ein Beirat aus den verschiedenen Gruppen heraus gebildet wurde, der die Interessen der Betroffenen artikuliert und kanalisiert. Darüber denken wir auch hier in Tübingen nach.

Diese Formen der Zusammenarbeit führen mit Sicherheit dazu, dass Barrierefreiheit als Kriterium für Entscheidungen der Stadt im Bauen, im Sozialen, in der Kultur, usw. auch zu Einsparungen, nicht nur zu den befürchteten Mehrkosten führt, weil die Interessenlagen dieses, wie ich vorher ausführte, großen und wachsenden Personenkreises von vornherein mit bedacht werden, und nicht hinterher erst etwas verändert werden muss. Dass die UN-Konvention den Druck zu solchen nachträglichen Veränderungen erhöhen wird, steht m.E. außer Frage – in Frage stehen nur die Zeiträume, in denen das jeweils passieren muss. Diese Zusammenarbeit wird auch zeigen, dass der Wunsch nach größtmöglicher Normalität der Lebensbedingungen eigentlich für alle Menschen das tragende Prinzip ihres Denkens und das Ziel ihrer Wünsche ist, egal ob alt oder jung, körperbehindert oder mit sog. geistiger Behinderung.

Von daher hoffe ich, lieber Herr Palmer, dass Tübingen bald nicht mehr nur blau macht, sondern das ein Slogan dazu kommt, der heißt: Tübingen macht alles inklusiv!! – Wann dieser Punkt dann erreicht ist, wo etwa die letzten 2 Prozent der Verwirklichung anfangen, darüber können wir uns dann gegebenenfalls wieder streiten. Aber soweit sind wir noch längst nicht.

Von daher: lassen Sie uns diese Inklusionsarbeit hier in Tübingen auf eine neue Basis stellen: auf die Basis der Erklärung von Barcelona und des Handlungskonzepts Barrierefreie Stadt Tübingen!

Ich freue mich darauf!